

Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919¹

Ottokar Luban

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entgegen den Beschlüssen der Internationalen Sozialistischen Kongresse von 1907, 1910 und 1912 am 4. August 1914 den Kriegskrediten zugestimmt und sich zusammen mit dem Parteivorstand auf eine Burgfriedenspolitik festgelegt hatte, regte sich in den ersten Kriegsmonaten gegen diesen neuen Kurs nur allmählich eine Opposition in der deutschen Sozialdemokratie, vor allem weil der Belagerungszustand jede öffentliche kritische Meinungsäußerung fast unmöglich machte.

Dennoch traten im Verlaufe des ersten Kriegshalbjahres Gruppierungen in Stuttgart um Artur Crispian, Friedrich Westmeyer und Jacob Walcher (Zeitung „Schwäbische Tagwacht“, später „Der Sozialdemokrat“), in Hamburg um Heinrich Laufenberg, Carl Herz und Fritz Wolffheim (Broschürenherausgabe), in Berlin um Julian Borchardt (Zeitschrift „Lichtstrahlen“) sowie Einzelpersonen wie der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht durch seine Ablehnung der Kriegskredite am 2. Dezember 1914 und der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase mit kritischen parteiinternen Reden ab März 1915 als Exponenten einer mehr oder minder deutlichen Opposition in Erscheinung.

Der Berliner Kreis um Rosa Luxemburg, die gleich am 4. August 1914 überregional – vergeblich – eine gemeinsame Stellungnahme der Gegner der Kriegskreditbewilligung versucht hatte, blieb als oppositionelle Gruppe für die Parteiöffentlichkeit bis Frühjahr 1915 so gut wie unbekannt. Erst mit der Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale“ Anfang April 1915 profilierte sich der Zirkel um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin als eigenständige Gruppierung unter dem selbst gewählten Namen Gruppe „Internationale“. Zentrale Forderung war – entsprechend dem Beschluss der Sozialistischen Internationale von 1907 – die Herbeiführung des Friedens durch Massenaktionen und gegebenenfalls durch einen revolutionären Volksaufstand. Die Gruppe „Internationale“ arbeitete zunächst bis Anfang 1916 mit der gemäßigten Opposition – um Hugo Haase, Georg Ledebour u. a. zusammen, wurde jedoch nach Verdeutlichung der eigenen programmatischen Position in den „Leitsätzen“ und dem selbstständigen Auftreten auf den Sitzungen der internationalen Zimmerwalder Bewegung ab Februar 1916 aus der Berliner Gesamtopposition ausgeschlossen, allerdings nur vorübergehend.

Die Spartakusgruppe, dieser Name bürgerte sich im Laufe des Jahres 1916 für die Gruppe Internationale nach ihrem Periodikum „Spartacus“ ein, unterschied

¹ Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referats, gehalten am 28.4.2007 in Gotha auf der wissenschaftlichen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen anlässlich des 90. Jahrestages der Gründung der USPD.

sich von der gemäßigten Opposition hauptsächlich in vier Punkten. Zum einen vertrat die Luxemburg-Liebknecht-Gruppierung eine grundsätzliche revolutionäre Politik, während die gemäßigte Opposition, insbesondere deren Reichstagsabgeordnete, ihre Ablehnung der Kriegskredite mit der Sicherung der deutschen Grenzen begründete, also die Landesverteidigung bejahte. Zum zweiten forderten die Spartakusführer von den Vertretern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG), wie sich die Minderheit nach Ausschluss aus der SPD-Reichstagsfraktion im März 1916 nannte, ein radikales, offensives Auftreten innerhalb der Sozialdemokratie und in der Öffentlichkeit, vor allem im Reichstag, während die gemäßigte Opposition meist einen vorsichtigen Kurs steuerte. Drittens sollte der Schwerpunkt der Opposition auf der Propagierung und Durchführung von Massenaktionen und nicht auf der alltäglichen Organisations- und Parlamentsarbeit liegen. Viertens sollten diese Punkte im Rahmen einer neuen Internationale für alle sozialistischen Parteien verbindlich gelten.²

Die Spartakustaktik des Vorwärtstreibens der SAG bzw. später der USPD zeigte in mehreren Fällen Auswirkungen auf den politischen Kurs der gemäßigten Opposition bzw. der Unabhängigen. Dafür gibt es folgende Beispiele:

Dem von Karl Liebknecht und Hermann Duncker initiierten parteiinternen Unterschriftenflugblatt vom 9. Juni 1915 (Protest gegen die Burgfriedenspolitik der Parteiführung) folgte „Das Gebot der Stunde“ (Hugo Haase, Karl Kautsky, Eduard Bernstein) in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni 1915.

Der im Kreis der Berliner Gesamtopposition Anfang Dezember 1915 geäußerten scharfen Kritik der Gruppe Internationale an der Zurückhaltung der gemäßigten Opposition folgte die Ablehnung der Kriegskredite durch 20 SPD-Reichstagsabgeordnete am 21. Dezember 1915.

Durch die Reichskonferenzen der Gruppe Internationale im Januar und März 1916 wurde die gemäßigte Opposition veranlasst, eine eigene Reichskonferenz im März 1916 zu veranstalten. Die Herausgabe der zunächst hektografierten und später gedruckten Spartakusbriefe zog die gedruckten Informationsbriefe der gemäßigten Opposition nach sich, bis die zur SAG gehörenden Herausgeber Emil Eichhorn und Hermann Weise im August 1916 verhaftet wurden.

Die Initiative der Spartakusgruppe vom Sommer 1916 zur offiziellen reichsweiten Organisation der Opposition fand zunächst keine Mehrheit bei den Anhängern der SAG, wurde dann aber nach einem inoffiziellen reichsweiten Treffen der SAG im November 1916 mit der Konferenz der Opposition am 7. Januar 1917 verwirklicht.

Die dauernden Forderungen der Spartakusgruppe nach einem entschiedeneren Auftreten trugen dazu bei, dass sich beim ersten großen Massenstreik im Welt-

² Ernst Meyer auf der Konferenz der Spartakusgruppe am 19.3.1916 in Berlin zu den Gründen für die „Trennung von der Ledebour-Gruppe“ (nach den Aufzeichnungen des Teilnehmers Fritz Ohlhoff): „Die sachlichen Differenzen innerhalb der Opposition. Stellung zur Vaterlandsverteidigung. Funktion der Internationale. Dritter Punkt: [In Bezug auf] Parteitaktik anderer Auffassung: Erst Sammlung, dann Klärung – wir umgekehrt“, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAP-MO-BArch), NY 4036/487, Bl. 54 (Klarschrift).

krieg im April 1917 in Berlin führende USPD-Vertreter öffentlich für eine Fortsetzung der Aktion einsetzten.

Die stark zögernde USPD-Führung wurde vor dem Januarstreik 1918 auf indirektem Wege (Bestärkung der revolutionären Obleute durch die Spartakusführung) und über die zur Spartakusgruppe gehörenden oder ihr nahestehenden Vertreter von USPD-Landesorganisationen unter Druck gesetzt, um einen Streikaufruf herauszugeben, auch wenn in dem Text die Arbeiterinnen und Arbeiter nur indirekt zum Handeln aufgefordert wurden.

Vor dem 9. November 1918 bildeten Karl Liebknecht und weitere Spartakusvertreter im Aktionsausschuss der revolutionären Obleute ein Gegengewicht zugunsten des Aufstandsplans gegen die eine revolutionäre Erhebung ablehnenden USPD-Führer wie Hugo Haase und Eduard Bernstein.

Nach der Novemberrevolution bis einschließlich des USPD-Parteitages im März 1919 ist eine Zuordnung einzelner Punkte der Spartakuspolitik mit Folgewirkung bei der USPD nicht mehr möglich, da die Zusammenhänge in dieser Zeit zu komplex sind.

Linksradikale Konkurrenz

War die Spartakusgruppe einerseits die vorwärtsdrängende Kraft in der Opposition bzw. später in der USPD, so war sie gleichzeitig auch die Getriebene. Denn links von ihr forderten Gruppierungen wie die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (ISD) um den Herausgeber der „Lichtstrahlen“ Julian Borchardt und ab Sommer 1916 die Bremer Linksradikalen mit Johann Knief (jeweils mit Karl Radek im Hintergrund) und ihre starke Hamburger Gruppe sowie auch beträchtliche Teile der revolutionären Arbeiterjugend eine noch radikalere Politik und vor allem die Gründung einer linksradikalen Partei, allerdings in Form einer vollständig dezentralisierten Einheitsorganisation von Partei und Gewerkschaft. Die Spartakusführung lehnte diese Politik ab, da sie nicht in die Situation einer Sekte geraten wollte, die den Kontakt zur breiten Arbeiterbewegung verlieren würde.³

Die Leitung der Spartakusgruppe musste immer wieder ihre Taktik des Verbleibens in der USPD damit legitimieren, dass ihr eigenständiges Handeln bei gleichzeitigem Verbleiben in der USPD einen optimalen politischen Erfolg im Sinne ihres revolutionären Programms gebracht hätte und weiterhin versprach, wie dies

3 Siehe Rosa Luxemburg, 6.1.1917 (Der Kampf), in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, Bd.1, Juli 1914-Oktober 1917, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2. durchgesehene Aufl., Berlin 1958, S.522-525; Stellungnahme der Spartakusgruppe mit der Überschrift „Credo“ in den Wochen nach dem USPD-Gründungsparteitag, ca. Mai 1917, in: SAPMO-BArch, NY 4131/23, Bl. 55-59; Ernst Meyer an Rudolf Franz, 23.6.1917: „Die U.S.P. ist nichts als Neuauflage der alten Partei, und die Gruppe ‚Int.‘ zur ohnmächtigen Opposition verurteilt. Doch als selbständige Partei, wie die Bremer es wollen, wäre die ‚Int.‘ genauso hoffnungslos isoliert und winzig wie die Bremer Gruppe.“ SAPMO-BArch, NY 4020/15, Bl. 10.

z. B. in einem Rundschreiben zum Aprilstreik 1917⁴ zum Ausdruck kam. Noch auf der Spartakuskonferenz vom 12./13. Oktober 1918⁵ – nicht 7. Oktober, wie in den bisherigen Darstellungen – wurde ein Antrag mit positiver Bewertung der Zusammenarbeit Spartakus – USPD vorgelegt, aber offensichtlich nicht angenommen.⁶ Erst Weihnachten 1918 kam es nach einer seit Sommer 1918 verstärkter auftretenden Kritik an der USPD mit der Einberufung der Reichskonferenz des Spartakusbundes und endgültig mit der Gründung der KPD am 30. Dezember 1918 zur organisatorischen Trennung.

Staatliche Repressionen

Von der bisherigen Geschichtsforschung wurden die negativen Folgen der in der Weltkriegszeit besonders massiven staatlichen Repressionen auf die gesamte Oppositionsbewegung in der Sozialdemokratie stark vernachlässigt und unterschätzt. Diese Maßnahmen schränkten sowohl die Möglichkeiten für eine kritische und erst recht für eine antimilitaristische und revolutionäre Agitation erheblich ein und beeinträchtigten den Prozess der organisatorischen Entwicklung auf dem linken Flügel auf das Schwerste. Hierbei ist der erhebliche Einschüchterungseffekt auf die gesamte Arbeiterschaft einschließlich des linksliberalen, pazifistischen Lagers zu berücksichtigen.

Nach Verhaftungen und strafweisen Einberufungen war die Spartakusgruppe von Mai bis Dezember 1917 und insbesondere von April bis Mitte Oktober 1918 weitgehend handlungsunfähig. Die Linksradikalen und die Spartakusgruppe waren von Spitzeln durchsetzt, so zumindest in Berlin, Hamburg, Dresden und Chemnitz. Deshalb konnten von den Bremer Linksradikalen ausgehende Versuche zur Gründung einer linksradikalen Partei im August und Dezember 1917 von der Politischen Polizei unterbunden werden. Seit September 1917 war die gesamte revolutionäre Arbeiterjugend nach einer Verhaftungswelle bis zum Spätsommer 1918 weitgehend zerschlagen. Durch Zensurmaßnahmen bei Zeitungen und Zeitschriften wurden die Publikationsmöglichkeiten für linke Auffassungen außerordentlich stark eingeschränkt. Linke Zeitungs- bzw. Zeitschriftengründungen wurden ab 1917 nicht genehmigt. Massenhafte strafweise Einberufungen von Streikenden seit den ersten politischen Streiks in Berlin im Sommer 1916 und insbesondere in und nach dem Januarstreik 1918 schwächten das revolutionäre Potenzial in der Arbeiterschaft immens und hatten einen hohen Abschreckungseffekt. Untersuchungsverfahren gegen führende Vertreter der gemäßigten Opposition bzw. der USPD wie Mitte 1916 gegen Emil Eichhorn und Hermann Weise wegen Drucks und Vertriebs parteiinterner Agitation mit der Folge einer

4 Siehe Rundschreiben der Spartakusgruppe vom 22.4.1917, in: Dokumente und Materialien, II/1, S.622-625.

5 Siehe SAPMO-BArch, NY 4020/15, Ernst Meyer an Rudolf Franz, 9.10.1918: Einladung für den 12.10. abends und den 13.10.1918 ganztägig zu einem „Familienfest, dem Freunde aus dem ganzen Reich beiwohnen“.

6 Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3003, J 810/1918, Nr. 1, Materialien zur Oktoberkonferenz 1918, beschlagnahmt bei Ulrich Rogg, Duisburg.

monatelangen Inhaftierung, gegen Mathilde Wurm wegen einer Rede vor der Arbeiterjugend, gegen Georg Ledebour u. a. wegen seines Auftretens im Aprilstreik 1917, gegen Luise Zietz wegen der Marineunruhen im August 1917, gegen Wilhelm Dittmann nach dem Januarstreik 1918 mit einer Verurteilung zu fünf Jahren Festung hatten eine abschreckende Wirkung auf die führenden USPD-Funktionäre und verstärkten deren zögerliche Haltung in Bezug auf Massenaktionen.

Fehleinschätzungen durch die Spartakusführung

Die Leitung der Spartakusgruppe, insbesondere Rosa Luxemburg, überschätzte mehrfach in entscheidenden Situationen die eigenen Kräfte im Verhältnis zur gemäßigten Opposition bzw. zur USPD:⁷ In einem Brief vom 8. Dezember 1915 an Berta Thalheimer sprach Rosa Luxemburg die Erwartung aus, die „Arbeiter werden sicherlich der radikalsten Stellungnahme folgen, namentlich auch die Berliner, die mit ihrem Ledebour und Stadthagen selbst unzufrieden sind“.⁸ Aber das Ergebnis einer mehrmonatigen Kampagne der Gruppe Internationale für eine radikale Oppositionspolitik war, dass die Gruppe Internationale im Sommer auf der Groß-Berliner Generalverbandsversammlung mit Anträgen und Personalvorschlägen eindeutig in der Minderheit blieb.

Im Brief Luxemburgs vom 29. November 1918 an Clara Zetkin ging sie von der Annahme aus, dass einige führende USPD-Vertreter und die „Massen“ auf dem Boden des Spartakusbundes ständen.⁹ Aber am 15. Dezember 1918 bekam der Spartakusbund für seine Anträge auf der Groß-Berliner Generalversammlung der USPD nur ein Drittel der Stimmen.

Die Spartakusführung erwartete – realitätsfern – vom Reichsrätekongress im Dezember 1918 eine revolutionäre Politik, versuchte durch Massendemonstrationen und interne Besprechungen mit linken USPD-Delegierten Einfluss auf den Kongress auszuüben, ohne damit Erfolg zu haben. Die Delegierten des Reichskongresses wurden nach Beendigung des Treffens von Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ pauschal als „Eberts Mamelucken“ beschimpft. Das revolutionäre Potenzial der „Hamburger Punkte“ – Beschluss des Reichsrätekongresses zur Militärfrage – wurde von den Spartakusführern verkannt.

Wilhelm Koenen, der Vorsitzende der mitgliederstarken USPD-Organisation Halle-Merseburg, Delegierter zum Reichsrätekongress im Dezember 1918, wies

7 Hierzu ausführlich: Ottokar Luban: Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Januar 1919), in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum], Nr. 29/2003, S.19-30; Ders.: Demokratische Sozialistin oder „blutige Rosa“? Rosa Luxemburg und die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 1999, H. 2, S.176-207.

8 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Leitung der Redaktion Annelies Laschitza/Günter Radczun, Berlin 1984 (Luxemburg, GB 5), S.93.

9 Siehe ebenda, S.420.

Rosa Luxemburg in einem Gespräch am 20. oder 21. Dezember 1918 eindringlich darauf hin, dass eine Abspaltung und linksradikale Parteigründung verfrüht sei, da die Spartakussympathisanten in der USPD von Halle-Merseburg und in benachbarten Regionen mehr Zeit für die agitatorische Vorbereitung bräuchten, um die Mehrheit in diesen USPD-Organisationen für eine neue linksradikale Partei zu gewinnen. Trotzdem beharrte Rosa Luxemburg auf einer schnellen Parteigründung.¹⁰

Von der Spartakusführung wurde die Möglichkeit einer schnellen Radikalisierung der USPD nicht bedacht, wie sich in der zweiten Dezemberhälfte 1918 zeigte: Während die rechte USPD mit ihren inhaltlichen Positionen am 15. Dezember 1918 in Berlin, wie schon gezeigt, noch die Mehrheit erhielt, wurde am 29. Dezember 1918 auf der Berliner USPD-Wahlkreisversammlung der linke Emil Eichhorn und nicht der gemäßigte Parteiführer Hugo Haase auf Platz 1 der Kandidatenliste für die Wahlen zur Nationalversammlung nominiert. Nur mit großer Mühe gelang es Haase nach heftiger Diskussion, den Listenplatz 2 zu erhalten. Bei Verbleiben der Spartakusanhänger in der USPD hätte Haase wahrscheinlich keine Chance gehabt.

In einem Brief vom 11. Januar 1919 an Clara Zetkin meinte Luxemburg, die kommunistische Bewegung entwickle sich „prächtig, und zwar im ganzen Reich“.¹¹ „...wenn die Dinge so weiterlaufen wie bisher [der Berliner Januaraufstand war gerade niedergeschlagen worden!], erscheint es sehr fraglich, ob es überhaupt zu Wahlen und zur Nationalversammlung kommt“.¹² Doch bei den Wahlen zur Nationalversammlung erreichte die USPD selbst in Berlin, wo sie eine ihrer Hochburgen hatte, nur 27,6 Prozent gegenüber 36,4 Prozent für die SPD, wobei sich die KPD bekanntlich als Folge ihres Parteitagsbeschlusses nicht an den Wahlen beteiligte.

Illusionäre Tendenzen und die revolutionäre Ungeduld der Spartakusführung führten zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen und zu einer falschen Taktik in Bezug auf die Herauslösung der USPD-Mitglieder und ihre Gewinnung für die Kommunistische Partei. Dass die Jahreswende 1918/19 nicht der richtige Zeitpunkt für eine linksradikale Parteigründung war, haben Ende Januar 1919 auch Leo Jogiches und Clara Zetkin empfunden, so dass Zetkin mit Einverständnis von Jogiches bis zum USPD-Parteitag Anfang März 1919 in der USPD verblieb. Ich halte es für eine durchaus realistische Einschätzung zu sagen, dass bei Verbleiben des Spartakusbundes in der USPD Anfang 1919 letztere auf ihrem Parteitag Anfang März 1919 statt des eingeschränkten ein eindeutiges Bekenntnis zum Räteystem abgelegt hätte, dass bei Mitwirkung von Spartakusvertretern in der USPD-Fraktion der Nationalversammlung bzw. des Reichstags dort eine entschiedene revolutionäre Politik vertreten worden wäre und sich die USPD uneingeschränkt für revolutionäre Massenaktionen eingesetzt hätte, d. h. dass wir

10 Siehe SAPMO-BArch, NY 4072, Nr. 138, Bl. 81f.

11 Luxemburg, GB 5, S.427.

12 Ebenda, S.426.

in diesem Falle bereits Anfang 1919 eine revolutionäre sozialistische Massenpartei in Deutschland gehabt hätten. Allerdings wäre es dann auch schon Anfang 1919, ausgehend von den Bremer Linksradikalen, reichsweit zur Gründung einer linksradikalen anarcho-syndikalistischen Partei in der Art der späteren KAPD gekommen, die jedoch nicht mehr als die Bedeutung einer Sekte hätte erlangen können. Außerdem wären dann wahrscheinlich einige gemäßigte USPD-Führer wie Karl Kautsky, Hugo Haase und Wilhelm Dittmann aus der USPD ausgeschieden. Die „Revolutionierung“ der USPD, eine Umwandlung in eine konsequente sozialistische Partei, statt der Spaltung hätte nicht nur den qualitativen, sondern auch einen quantitativen Vorteil gehabt: Es wären dann höchstwahrscheinlich nicht, wie der US-Historiker Robert Wheeler detailliert für die 1920/21 erfolgte Vereinigung von USPD und KPD dargestellt hat, 20 Prozent der Mitglieder und 20 bis 30 Prozent der Wähler für das sozialistische Lager verloren gegangen.¹³

Welchen Einfluss hatten die Bolschewiki auf die Gründung der KPD?

Auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen am 28. April 2007 ist einige Male die Vermutung geäußert worden, dass die Abspaltung des Spartakusbundes von der USPD und die Gründung der KPD aufgrund des Einflusses der Bolschewiki zustande gekommen sei. Die archivalischen Quellen bestätigen dies nicht.

Sowohl in der Korrespondenz von Hermann und Käte Duncker, in der von Gesprächen mit Vertretern der Bolschewiki in den Monaten Mai bis Oktober 1918 berichtet wird,¹⁴ wie in den Schreiben des russischen Botschafters Joffe und anderer Abgesandter der Bolschewiki in Berlin an die führenden russischen Genossen in Moskau im gleichen Zeitraum ist von Versuchen, die Gründung einer linksradikalen Partei zu bewirken, nicht die Rede. In den Berichten über die USPD und die Spartakusgruppe ging es vielmehr immer wieder – selbst in den Wochen unmittelbar vor der Revolution – darum, dass die Unabhängigen Sozialdemokraten zu passiv und Spartakus zu sehr geschwächt wären, um aktiv in Richtung einer Revolution wirken zu können.¹⁵

Nach der Ausweisung der russischen Botschaft am 4. November 1918 kam erst wieder mit der Ankunft Karl Radeks am 19. Dezember 1918 ein Kontakt mit einem Vertreter der Bolschewiki zustande. Aber wegen der alten Feindschaft

13 Siehe Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Main-Wien-Berlin 1975, S.262-268. (Auf der Konferenz am 28.4.2007 ist auf Wheelers Ergebnisse hingewiesen worden.) Die Abspaltung der KPD von der USPD Ende Dezember 1918 hat wahrscheinlich ebenfalls beträchtliche Mitgliederverluste für das linke Lager der Arbeiterbewegung gebracht, obwohl dies wegen der anschließenden Phase des Aufschwungs der USPD nicht genau feststellbar ist.

14 Siehe SAPMO-BArch, NY 4445, Nr. 141.

15 Siehe Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Strategiewende der Bolschewiki, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S.180-200.

zwischen Luxemburg/Jogiches einerseits und Radek andererseits konnte der russische Emissär die Spartakusführer keinesfalls beeinflussen. Radek erreichte nur bei seinen alten Freunden von den Bremer Linksradiكالen, insbesondere bei Johann Knief, der gegen eine Verschmelzung mit dem Spartakusbund war, dass sich die „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD), wie sich die Bremer Gruppe und ihre Anhänger in anderen Städten des Reichs unterdessen nannten, zu einer gemeinsamen Parteigründung mit dem Spartakusbund bereit fanden.¹⁶ Der ungefähr zum Zeitpunkt des Reichsrätekongresses gefasste Entschluss der Spartakusführung zur Gründung der KPD war also – wie auch schon von der Charakteristik Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' her nicht anders zu erwarten – eine durchaus eigenständige Entscheidung der Spartakusführung.

16 Siehe Jean-François Fayet: Karl Radek (1885-1939). Biographie politique, Bern 2004, S.253ff., insbes. S.262-270; Ottokar Luban: Karl Radek im Januaraufstand 1919 in Berlin. Drei Dokumente, in: IWK, 2000, H. 3, S.377-397, insbes. S.392.